

Thomas Piketty – Ökonom für die 99 Prozent

Die Studie des Franzosen über das Kapital im 21. Jahrhundert hat Staub aufgewirbelt. Doch ist er deshalb der neue Marx? Seite 23

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Grafik: 123rf/rasslava

Sonnabend/Sonntag, 10./11. Mai 2014

69. Jahrgang/Nr. 108

Berlinausgabe 2,00 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Hooligans mit Wasserkanone

Markus Drescher über Polizeigewalt und Aufstandsbekämpfung

Drei Orte, drei Mal Willkür und Gewalt – Hamburg, Plauen, Demmin: Eine Demonstration wird ohne Grund aufgehalten und zerschlagen, Polizeieinheiten stürmen eine Kirche, um an eine Handvoll Personalien zu kommen, ein Sitzblockierer wird von der Polizei schwer verletzt.

»Ihr seid nur gut bezahlte Hooligans!« Dieser Demospruch in Richtung Polizei ist keine willkürliche Beleidigung der Schwergepanzert-Uniformierten. Es ist Erfahrung – am eigenen Leib, als Augenzeuge, aus Erzählungen von Betroffenen. Was folgt in aller Regel? Richtig! Innenminister, Polizeigewerkschafter, konservative Politiker und lediglich Polizeimitteilungen abschreibende Medien warnen vor »zunehmender linksextremer Gewalt«. Logisch – diejenigen, die auf's Maul kriegen, weil sie sich erdreisten, es aufzumachen, sind dann auch die Gewalttäter.

Müssen sie sein. Denn es geht nicht nur um die Kriminalisierung von Protesten, sondern schlicht auch um Geld. Denn wo kein gewalttätiger Feind ist, da geht der Geldbeutel mit den Steuermillionen schwerer auf. Mit selbstinszenierter Gewalt hingegen und mit offensichtlicher Umkehrung von Tätern und Opfern sprudeln die Gelder für Ausrüstung, Technik und Wasserwerfer, mit denen die »Riot Cops« der Länderpolizeien hochgerüstet werden. Dieses Prinzip funktioniert bereits seit Jahrzehnten und wird es auch weiterhin – den gut bezahlten Hooligans mit ihren neuen Wasserkanonen sei Dank.

UNTEN LINKS

Diese Woche berichteten wir an dieser Stelle über Irritationen, die die Umarmung zwischen Gerhard Schröder und Wladimir Putin ausgelöst hat. Natürlich nicht zwischen Schröder und Putin. Also ... die Umarmung schon, aber nicht die Irritationen. Die gab es bei den respektive zwischen den Deutschen. Wie auch immer: Inzwischen ist die nicht weniger irritierende Frage aufgetaucht, ob es sich bei dem umfassenden gegenseitigen Körperbegreifen in St. Petersburg überhaupt um eine Umarmung handelte und nicht vielmehr um eine »Umarme«. Seit wir täglich in Funk und Fernsehen mit der einen oder anderen »Schalte« ins ostukrainische Krisengebiet beglückt werden, liegt diese Vermutung nämlich nahe. Unklar ist indes, ob eine Umarme politisch weniger irritierend ist oder ob es sich bei dieser Annahme um eine reine Wunschdenke handelt. Nichtsdestotrotz sind wir weiter bemüht, dass an dieser Stelle ... äh ... Stelle möglichst Autor innen mit einer flotten Schreibe zu Wort kommen. *ibo*

Tag des Sieges – Tag der Sorge

Ostukrainische Separatisten beharren auf Referendum am Sonntag / Tote in Mariupol



Für das Referendum am Sonntag gerüstet – Wahlhelfer in einem Zelt nahe dem besetzten Verwaltungsgebäude des Gebiets Donezk

Foto: Alexej Furman

Berlin. Als Tag des Sieges wurde der 9. Mai einst in der ganzen Sowjetunion begangen. In der Ukraine wurde der 9. Mai dieses Jahres zum Tag der Sorge und der Trauer um neue Opfer eines sich zuspitzenden Bürgerkriegs.

Russlands Präsident Wladimir Putin sprach bei der Militärparade auf dem Roten Platz in Moskau von einem »Tag des nationalen Triumphes, des Stolzes und des ewigen Gedenkens«. Anschließend flog Putin auf die Krim, um in Sewastopol eine Parade von Kriegsschiffen, Kampfflugzeugen und Hubschraubern abzunehmen. »Provokation!« – klagte der ukrainische Übergangspräsident Arseni Jazen-

juk. Als »unangemessen« befand NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen die Reise des russischen Staatschefs auf die Halbinsel, die weiterhin ukrainisch sei und die Putin ohne Einladung der Kiewer Regierung besuche. Diese setzte ihre »Anti-Terror-Operation« im Südosten fort. In deren Verlauf wurden laut Innenminister Arsen Awakow in der Hafenstadt Mariupol am Freitag »20 Terroristen vernichtet«. Auch aus der Großstadt Donezk wurden Schießereien gemeldet. Unter den Toten sollen Zivilisten sein. Ungeachtet dessen soll die Bevölkerung in den Gebieten Donezk und Lugansk nach dem Willen prorussischer Separatisten am Sonntag über die Selbstständigkeit der Region abstimmen – trotz Putins Appell, das Referendum zu verschieben.

In Kiew kündigte Jazenjuk derweil für den 14. Mai einen gesamtnationalen Runden Tisch an, der Wege zur Überwindung der Krise erörtern soll. Wer daran teilnehmen darf, erklärte Jazenjuk ebenso wenig, wie er den Einsatz von Armee und Nationalgarde in der Ostukraine stoppen wollte. Dazu verlautete aus Moskau, die Protestler in der Ostukraine würden »kaum mit einem Regime kooperieren, das sie als Terroristen abstempelt und gegen sie die Armee einsetzt«. *prs/mit Agenturen Seite 7*

Wasserwerfer für den Notstandsfall

Relikt der 50er Jahre: Bund stattet Landespolizeien mit Technik aus

Wasserwerfer, Panzerfahrzeuge, mobile Führungsstellen – sogar Körperschutz beschafft der Bund für die Länder. Alles für den Notstand, wie man ihn 1950 befürchtete.

Von René Heilig

Etatmäßig hat die Thüringer Bereitschaftspolizei zwei Wasserwerfer. Gerade kam ein neuer hinzu. Dessen erster Übungseinsatz sorgte für Hohn und Spott. Der »blaue Riese« wurde von den eigenen Leuten mit Eiern und halb gefüllten Plastikflaschen beworfen. Danach seien drei faustgroße Schäden im Sicherheitsglas festgestellt worden, bestätigte die zuständige Polizeidirektion. Doch alles sei nicht so schlimm.

Nicht schlimm – aber vielleicht peinlich? Denn der WaWe 1000 »Cobra«, hergestellt von der österreichischen Firma Rosenbauer, ist nicht nur nagelneu, sondern auch – wie alle Wasserwerfer der

Länderbereitschaftspolizeien – eine Art Geschenk. Das Bundesinnenministerium hat 61 derartige Fahrzeuge bestellt – für die Bundespolizei und die Länder. Auf weitere 17 Fahrzeuge besteht eine Option. Bislang wurden 18 Fahrzeuge ausgeliefert. Stückpreis rund 900 000 Euro.

Die Thüringer Linksabgeordnete Katharina König will von der Landesregierung unter anderem wissen, ob die gegen den Wasserwerfer geschleuderten Eier womöglich gekocht und nicht gepellt waren. Eine Antwort auf diese und ernsthaftere Fragen ist vermutlich erst Ende Mai zu erwarten.

Schneller geht es beim Bundesdestag. Jan Korte, Innenexperte der Linksfraktion, fragte, auf welcher Grundlage der Bund die Wasserwerfer für die Länder beschafft. Das Innenministerium verwies in seiner Antwort explizit auf die Grundgesetzartikel 35 und 91. Demnach habe der Bund »bei Notstandsmaßnahmen zur Be-

kämpfung von Naturkatastrophen und Unglücksfällen sowie im inneren Notstandsfall – durch politische oder kriminelle Gewalt hervorgerufene Gefahr für den Be-

»Mit 70 Millionen Euro könnte man einiges an der sich verschlechternden Personalsituation der Polizei vor Ort verbessern.«

Jan Korte, Linksfraktion

stand des Bundes oder eines Landes – ein Weisungsrecht gegenüber den Ländern.«

Dafür habe man im Bundesinnenministerium einen Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder etabliert. Das war allerdings im Jahr 1950. Doch noch immer hat er ein »besonderes Wei-

nungsrecht« – zumal es einen Anstieg der »brisanten Demonstrationen im politisch extremen Bereich gibt«. So liest es sich in Dokumenten, mit denen der Finanzbedarf des Bundesinnenministeriums begründet wird. Gemäß einem Verwaltungsabkommen beschafft daher der Bund »Führungs- und Einsatzmittel für die Bereitschaftspolizeien der Länder«. Insgesamt sind vom Bund allein für 2014 rund 13 Millionen Euro für den Erwerb von Fahrzeugen sowie 700 000 Euro für andere Geräte veranschlagt.

Neben Wasserwerfern bestellt der Bund Führungs- und Transportfahrzeuge, sogenannte »Wanzen« sowie Waffen und Körperschutzausrüstung für geschlossene Einheiten der Länder. Zumindest technisch gesehen war also der Bund auch am Donnerstag dabei, als die Polizei in Demmin (Mecklenburg-Vorpommern) einer Nazi-Demo die Straße freiräumte. *Seite 4*

Zimmer: EU hat bei Ukraine-Krise alles falsch gemacht

Parteitag der LINKEN entscheidet in Berlin über neuen Vorstand

Berlin. Die LINKE macht der Bundesregierung und dem Westen insgesamt schwere Vorwürfe beim Umgang mit der Krise in der Ukraine. Auf ihrem am Freitag begonnenen dreitägigen Parteitag in Berlin richtete Gabi Zimmer, Spitzenkandidatin der Partei zur EU-Parlamentswahl, ihre Kritik insbesondere an die Europäische Union. »Die EU hat alles falsch gemacht in den letzten Monaten, was auch nur falsch zu machen ging.« Wie zuvor auch der Berliner Landesvorsitzende Klaus Lederer machte Zimmer klar, dass bei allen politischen Überlegungen niemals die »unermesslichen Opfer« vergessen werden dürfen, die die Völker der Sowjetunion aufgrund der Aggression des faschistischen Deutschland erlitten und zur Befreiung Europas vom Faschismus erbracht haben. In einem Dringlichkeitsantrag des Parteivorstands zum Ukraine-Konflikt, zu dem es in dem Führungsgremium nur eine Gegenstimme gab, heißt es mit Blick auf die russische Führung unter Kremlchef Wladimir Putin: »Wir lehnen alle Drohungen mit wirtschaftlichen Sanktionen, mit militärischer Intervention oder gar den unmittelbaren Einsatz von Militär ab.« Bei der Abstimmung am Sonnabend wird dafür ebenfalls eine klare Mehrheit erwartet.

Am Sonnabend beginnt auch die Wahl des Parteivorstands, die Wiederwahl der Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Rixinger sowie von Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn gilt hierbei als sicher. Als Stellvertreter treten neben Caren Lay und Axel Troost als neue Kandidaten Janine Wissler, Dominic Heilig und Tobias Pflüger an. Sahara Wagenknecht sowie Jan van Aken hatten zuvor ihren Verzicht erklärt. Für den erweiterten Vorstand lagen am Freitag 70 Bewerbungen vor. Im Verlauf einer lebhaften Satzungsdebatte verteidigte die Parteitagsmehrheit das Recht innerparteilicher Strömungen und Zusammenschlüsse auf eigene stimmberechtigte Delegierte. Die Regelung betrifft 50 Parteitagsdelegierte, deren Rechte unverändert bleiben. *uka Seite 5*

KURZ

Mehr Ökostrom denn je

Berlin. Der Anteil der Ökoenergie hat in den ersten Monaten des Jahres einen neuen Rekordwert erreicht. 27 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms im ersten Quartal stammten aus Windkraft-, Solar- oder Biogasanlagen, wie der Branchenverband BDEW mitteilte. Am Samstag findet im Berliner Regierungsviertel eine Demonstration unter dem Motto »Die Energiewende nicht kentern lassen« statt. *AFP/nd Seiten 21 und 27*

Umweltminister gegen Fracking

Konstanz. Die Umweltminister von Bund und Ländern haben sich einstimmig gegen das sogenannte Fracking ausgesprochen. Um die umstrittene Gasgewinnung zu verhindern, soll nach dem Willen der Ressortchefs das Bundesbergrecht geändert werden. *dpa/nd*

Portugals Wirtschaft stabiler

London. Dem Euro-Krisenland Portugal droht mittelfristig keine Abstufung bei der Kreditwürdigkeit von der Ratingagentur Standard & Poor's mehr. S&P hob am Freitag den Ausblick für die Bewertung wegen der Kürzungsbeschlüsse zum Defizitabbau des Staates von negativ auf stabil an. *dpa/nd*

Zehntausende für Bildungsreform

Santiago de Chile. In Chile haben Zehntausende Studenten, Eltern und ihre Unterstützer für eine Bildungsreform demonstriert. In mehreren Städten forderten sie die Einführung von kostenlosen Universitäten. *dpa/nd*

ISSN 0323-4940

